

Prof. Dr. Werner Schwaderlapp, Vorsitzender der LfM-Medienkommission

Text für promedia; erschienen in promedia vom 28. Juli 2014 unter dem Titel:
„Staatsfern und inhaltsneutral“

Landesanstalt für Medien engagiert sich für Qualitätsjournalismus – ein Rückblick auf die Medienversammlung und ein Ausblick auf die neue LfM- Stiftung

Die Medienversammlung ist im Potpourri der zahlreichen Veranstaltungen der Landesanstalt für Medien NRW (LfM) eine ganz Besondere: sie versteht sich eigentlich gar nicht als eine von vielen Fachtagungen zu einem spezifischen Thema, bei der Expertinnen und Experten untereinander diskutieren. Sie hat einen weiter gehenden Anspruch: Sie soll so etwas wie ein „Zuschauerparlament“ sein, ein Forum also, bei dem Mediennutzerinnen und -nutzer im Dialog mit Expertinnen und Experten über ein aktuell relevantes Thema sprechen. Die Medienversammlung ist dabei ein zentrales Instrument der LfM-**Medienkommission**, dem Gremium der LfM, sich öffentlich zu positionieren.

Das Thema der diesjährigen Medienversammlung lautete „Die Zukunft des (investigativen) Journalismus“. Das Thema lag auf der Hand, und seine Bedeutung ist dabei nicht auf Nordrhein-Westfalen beschränkt, sondern strahlt bundesweit, ja sogar international aus. Denn über die Zukunft des Journalismus reden zurzeit überall in Deutschland (und in der Welt) Journalisten, Verleger, Medienmacher. Die Ursache ist dabei klar zu benennen. Wir erleben seit Jahren sinkende Auflagenzahlen, hauptsächlich bei den etablierten Tageszeitungen. Werbeerlöse brechen weg. Das Geld, das Verleger früher im Anzeigenmarkt verdienten, geht nun an diejenigen, die frühzeitig genug im Internet entsprechende Portale, etwa für Wohnungsanzeigen, für Autoanzeigen usw. etablieren konnten. Journalismus (gerade auch lokaler und regionaler) wird damit nicht mehr finanziert. Wir sprechen über die rückläufige Nutzung bei den elektronischen Angeboten, hier in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel beim privaten Lokalfunk und beim lokalen oder regionalen Fernsehen. Ganz generell können wir, wenn man sich den Verlust von Abonnenten und anderen Mediennutzern bei traditionellen Medien anschaut, von einer Krise sprechen. Sie betrifft eine zentrale Grundvoraussetzung für unsere Gesellschaft:

Denn wenn Vielfalt und Qualität von Journalismus, vor allem im lokalen und regionalen Raum, unter Druck stehen, wenn die publizistische Vielfalt und die Qualität in den traditionellen Medien gefährdet sind, dann droht eine Verarmung nicht nur im Journalismus, sondern auch für unser Gemeinwesen. Das kann sich eine aufgeklärte, moderne Gesellschaft gar nicht leisten. Marlis Prinzing hat das in ihrer Nachbetrachtung zur Medienversammlung auf die schöne Formel gebracht, dass wir ohne professionelle Journalisten so arm dran wären wie ohne Ärzte.

Kooperationspartner bei der diesjährigen Medienversammlung der LfM waren die Initiative Qualität im Journalismus (IQ) sowie der Verein investigate!, der vom ehemaligen Stern-Chefredakteur Klaus Liedtke vertreten wird. Diskutanten am 1. Juli waren unter anderem Christian Fahrenbach (Krautreporter), David Schraven, der seit Anfang Juli das Projekt Korrektiv als neues Rechercheforum für Journalisten gegründet hat, Alexander Völkel, der die Nordstadtblogger in Dortmund aufbaut, Helga Kirchner (ehem. WDR-Chefredakteurin), Sascha Fobbe (Redakteurin von Radio RST im Kreis Rheine im Münsterland), die Tageszeitungsmacher Lutz Feierabend (Kölner Stadt Anzeiger) und Ulli Tückmantel (Westdeutsche Zeitung) sowie die Wissenschaftler Marlies Prinzing und Gerhard Vowe aus Köln bzw. Düsseldorf.

Ergebnisse der aktuellen LfM-Studie zum Thema Journalismus unter digitalen Vorzeichen

Zum Auftakt stellten Prof. Dr. Volker Lilienthal (Rudolf Augstein-Stifungsprofessor für Praxis des Qualitätsjournalismus, Universität Hamburg) und Prof. Dr. Stefan Weichert (Macromediahochschule für Medien und Kommunikation und Hamburg Media School) die ersten Ergebnisse der (noch unveröffentlichten) LfM-Studie zum Thema „Journalismus unter digitalen Vorzeichen“ vor. Die beiden Wissenschaftler untersuchen vor allem den Einfluss des Internets auf die Produktion von Medieninhalten. Ein zentrales Ergebnis lautet, dass digitaler Journalismus zwar neue Chancen bietet, das Publikum direkt an der Erstellung von Inhalten zu beteiligen, allerdings, so der zentrale Befund, würden Leser, Hörer und Zuschauer noch nicht hinreichend an Recherchen und der Produktion von Inhalten beteiligt. Es fehlen

schlichtweg Formate, um das Publikum zu eigenen Inhalten oder Themenvorschlägen anzuregen. Weichert und Lilienthal haben für die Studie, die im Herbst erscheinen soll, eine Vielzahl von verantwortlichen Redaktionsleitern (etwa von Stern online, von Zeit online, von Süddeutsche.de) dazu befragt und so eine sehr valide Datenbasis für ihre Befunde gehabt.

Das führt zu dem zweiten großen Thema der Medienversammlung, nämlich der Debatte um den ökonomischen Druck auf die Medien. Wir in Nordrhein-Westfalen können ein Lied davon singen: Wir brauchen uns nur ehemals gesunde und vielfältige lokale Zeitungslandschaften anschauen, zum Beispiel in Dortmund, wo es ganz früher vier unabhängige Tageszeitungen gab. Heute erscheinen dort zwar noch drei Zeitungen (die WAZ, die Westfälische Rundschau und die Ruhr-Nachrichten), aber alle haben eine identische Lokalberichterstattung (die von den Ruhr-Nachrichten stammt). Eine andere Zahl, die Horst Röper ermittelte, erschreckt mindestens genauso: 2010 hatten 28 Prozent der NRW-Bevölkerung keine Wahl mehr zwischen Zeitungen mit unterschiedlicher lokaler Berichterstattung – so sein damaliger Befund für eine LfM-Studie. 2014 war dieser Anteil schon auf 45 Prozent gestiegen!

Ausblick auf die geplante LfM-Stiftung

Ein dritter zentraler Diskussionspunkt auf der Medienversammlung 2014 der LfM-Medienkommission waren die Eckpunkte zur geplanten „Stiftung Vielfalt und Partizipation“, die wir zum ersten Mal präsentieren konnten. Zur Erinnerung: Die Stiftung ist als neues Aufgabengebiet Bestandteil des gerade in Kraft getretenen novellierten Landesmediengesetzes NRW. Die LfM wird für sie jährlich 1,6 Mio. € bereitstellen. Geplant ist, dass sich im zweiten Schritt an der dafür vorgesehenen gemeinnützigen GmbH unter dem Dach der Landesanstalt für Medien auch externe Gesellschafter beteiligen können.

Die Beobachtung aktueller Transformationsprozesse der Medien gehört ebenso zu den Aufgaben der Stiftung wie die Vernetzung derjenigen, die mit der Zielsetzung arbeiten, die publizistische Vielfalt zu fördern. Die Stiftung kann digitale Publikationsstrukturen und die Aus- und Fortbildung von Journalisten in Bezug auf innovative Angebote fördern. Ziel wäre es, die Entwicklung innovativer journalistischer Angebote und alternativer Finanzierungsmodelle zu beobachten, zu analysieren und zu fördern

und damit denjenigen Unterstützung zu geben, die diese Modelle mit entsprechenden Inhalten auf dem Markt positionieren. Wenn man so will, leistet die neue Stiftung eine Art Zubringerdienst, in dem sie auf dem Markt und in der Wissenschaft diejenigen Kräfte zusammenbringt, die an Lösungsansätzen arbeiten. Ich sage aber auch, dass die neue Stiftung eines nicht wird tun können. Sie wird nicht die Auswahl oder gar die Produktion journalistischer Inhalte steuern. Sie muss inhalte-neutral bleiben. Sie ist keine Veranstalterin von lokalem oder regionalem Journalismus. Sie darf keine staatsinterventionistische Stiftung sein. Ganz im Gegenteil. Sie wird, eben weil sie unter dem Dach der öffentlich-rechtlichen Landesanstalt für Medien geplant ist, staatsfern sein. Und sie hat eine effektive Kontrolle, nämlich die Medienkommission, in der Mitglieder zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen sitzen. Ich glaube, dass so Wettbewerbsneutralität und Gemeinnützigkeit garantiert sind und journalistische Arbeit begünstigt, aber nicht inhaltlich beeinflusst wird.

Es geht jetzt auch darum, Strukturen und Arbeitsweisen klarer zu formulieren. Auf einer Fachtagung im Oktober wollen wir mit Journalisten und anderen Fachleuten aus den Medien über konkrete erste Schritte zur Verwirklichung der Ziele der „Stiftung Vielfalt und Partizipation“ beraten. Außerdem bin ich sehr gespannt, welche Kooperationspartner sich mit konkreten Vorschlägen melden.